

klipp & klar

Anian Liebrand

EDU in Aktion

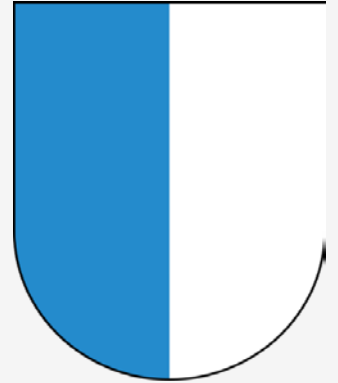
Gründung einer EDU Kanton Luzern

Die Gründungsvorbereitungen für eine EDU-Sektion des Kantons Luzern schreiten erfolgreich voran. Bereits haben mehrere Vorbereitungstreffen stattgefunden, welche von Mal zu Mal besser besucht wurden. Mehrere Personen haben sich schon bereit erklärt, in einem Vorstand mitzuwirken oder als aktives Mitglied und Kandidat für Wahlen bereit zu stehen.

Das nächste Treffen findet statt am Dienstag, 19. Mai 2026, um 19:30 Uhr in Sursee LU.

Dabei geht es um die Zusammensetzung eines Vorstands und die Festlegung weiterer Gründungsvorbereitungen. Sie sind aus dem Kanton Luzern und möchten mithelfen, eine EDU aus der Taufe zu heben? Jede Unterstützung ist herzlich willkommen. Kommen Sie unkompliziert vorbei und schauen Sie rein.

Bei Interesse zum Sitzungsort und bei Fragen melden Sie sich bitte bei Anian Liebrand, Mitglied Geschäftsleitung der EDU Schweiz: anian.liebrand@edu-schweiz.ch



«Pride»-Festival in Zürich 2026 abgesagt

Hat die politische Agenda der LGBT-Lobby ihren Zenit schon überschritten? Zahlreiche Entwicklungen, sowohl global als auch national, lassen jedenfalls darauf schliessen. Die Credit Suisse als grösste LGBT-Woke-Bank hierzulande gibt es nicht mehr und im Februar 2026 wurde bekannt, dass das «Pride»-Festival in Zürich dieses Jahr nicht mehr stattfindet – auch, weil namhafte Sponsoren abgesprungen seien. In der Medienmitteilung des Vereins «Zürich Pride Festival» hiess es wörtlich: «Am Ende hätten die angeschlagenen Finanzen des Vereins, Altlasten aus den Vorjahren, schwierige Rahmenbedingungen und fehlende Ressourcen, um als ehrenamtlich tätiger Vorstand gleichzeitig ein Festival zu planen und eine strategische Neuausrichtung aufzugleisen, den Ausschlag gegeben.»

Quelle: www.zurichpridefestival.ch, 18.02.2026



Aufarbeitung von Judenverfolgung – Teilerfolg für EDU-Präsident

Die Thurgauer Regierung bezeichnet den Umgang der Behörden mit jüdischen Flüchtlingen im Zweiten Weltkrieg rückblickend als unmenschlich, sieht ihre bisherige Aufarbeitung jedoch als ausreichend an. Dies teilte sie Ende März 2026 mit. Eine Petition von EDU-Präsident Daniel Frischknecht fordert dagegen weitergehende Massnahmen, darunter eine stärkere Erinnerungskultur und eine direkte Entschuldigung an jüdische Gemeinden. Die Regierung verweist auf bereits getätigte Schritte wie finanzielle Unterstützung für Forschung und eine offizielle Entschuldigung im Jahr 2022. Eine erneute, gezieltere Entschuldigung schliesst sie nicht aus, betont jedoch ihre begrenzten Möglichkeiten. Positiv reagiert die Regierung lediglich auf die Idee der Errichtung von Stolpersteinen an diversen Stellen der Kantonsgrenzen, plant jedoch vorerst nur eine begrenzte Umsetzung, was Daniel Frischknecht scharf kritisiert.

Quelle: Thurgauer Zeitung, 26.03.2026

Veto-Recht und Finanzierungs-Transparenz bei Moscheeprojekten

Ein geplantes, über 15 Millionen Franken veranschlagtes Moscheeprojekt in St. Gallen löste politischen Widerstand und eine breite Debatte über Moscheebauten in der Schweiz aus. Das Egerkinger Komitee greift die Bedenken auf und verlangt insbesondere, dass Gemeinden mehr Mitspracherechte erhalten, etwa durch ein mögliches Vetorecht gegen Bauprojekte. Zudem fordert das Egerkinger Komitee die Offenlegung der Finanzierung im Rahmen von Baugesuchen. Ein zentrales Anliegen ist weiter die Verbotsforderung von ausländischer Finanzierung von Moscheen und Imamen, um den Einfluss radikal-islamischer Kräfte aus dem Ausland zu verhindern.

Weitere Infos: www.egerkingerkomitee.ch/aktuell